

gewesen. Und je weitergehend die Möglichkeiten der Entfaltung jeglicher dieser Gruppen war, umso ruhiger ist die Geschichte dieser Staaten verlaufen. Unruhe entstand jeweils in solchen Staaten, die den Entwicklungstendenzen nicht Rechnung trugen und soziale Umschichtungen gewaltsam behinderten. Davon zeugten in den letzten Jahren sowohl die Generalstreikpsychose in Frankreich, als auch die Landarbeiterunruhen in Italien, deren soziale Ursachen schliesslich nur die taktische Basis kommunistischer Strategie war. Gegenstücke der Entwicklung sind Schweden, England und die Schweiz.

Auch Deutschland befindet sich in dieser sozialen Umschichtung. Und da es zugleich im Stadium der staatlichen Neuordnung steht, sollte man die Periode, die mit den eruptiven Erscheinungen von 1848 über 1918 bis 1950 nicht zum Abschluss kam, auch staatsrechtlich endlich beenden. Mittel, wie Sozialistengesetze, Kapp-Putsch, "nationale Revolution" oder Restauration der politischen Macht des Besitzbürgertums sind dazu nicht geeignet. Dem wahren Drang nach Neuordnung entspringt auch staatsrechtlich und wirtschaftspolitisch die Forderung auf Mitbestimmung und schliesslich ihre bedrohliche Form: der politische Streik, der gegenüber der immerhin möglichen und gefährlicheren "sozialen Revolution" noch das gelindere Mittel ist.

Noch ist die Macht in Deutschland nicht endgültig verteilt und das ist allein eine politische Frage. Der Kanzler versucht sie im Sinne einer starken Präsidialexekutive sowohl gegenüber dem Kabinett als auch dem Parlament für sich allein zu entscheiden. Nach seiner Vorstellung und Praxis sind Parlament und Kabinett nur Empfehlungsorgane, die er benutzt zur Bekräftigung eigener Entscheidungen oder ignoriert, wenn sie ihm unangenehm werden. Das im Grundgesetz verankerte Verfassungsgericht, geplant als Gegengewicht zu einer Exekutive, die die Legislative zu überspielen sucht, wird von ihm um des Ausbaues seiner Machtstellung willen verzögert. Hier allein liegt die akute Gefahr für die parlamentarische Demokratie, die von den gegenwärtigen Trägern der Koalition nicht erkannt oder um des Gruppeninteresses willen gefördert wird. Demokratie kann aber nicht auf zwei Augen stehen.

Es wäre übertrieben, zu sagen, es gebe in der Bundesrepublik keine parlamentarische Demokratie. Richtig aber ist, dass sie noch unvollkommen und nicht in ihrem eigentlichen Sinne wirksam ist. Sie kann also auch nicht durch einen politischen Streik, der das Ziel hat, einen be-

deutsamen Teil des Volkes an der Verwaltung der Wirtschaft zu beteiligen, zerstört werden. In diesem Versuch zeigt sich im Gegenteil das Bestreben, mit einem politischen Mittel, gegen das es kein durchschlagendes staatsrechtliches Argument gibt, ein historisch begründetes Recht durchzusetzen als wirksamen Ausgleich der herrschenden autokratischen Tendenz in der Verteilung der politischen Macht. Wer selbst Konkurrent im Kampf um die politische Macht ist und die demokratischen Spielregeln mißachtet, ist nicht legitimiert, Mittel als "ungesetzlich und undemokratisch" zu bezeichnen, die die demokratische Entwicklung auf die Dauer sichern sollen. Denn der Zweck des politischen Streiks im Falle der Mitbestimmung ist nicht Zerstörung, sondern Ausbau der sozial-ökonomischen Grundlagen in der Demokratie.

- - - - -
 Von Hannover nach Lake Success
 - - - - -

J.S. Eine Aktenmappe von respektablem Umfang hatte Hans Stephan, der Leiter der Kriegsgefangenenhilfe der SPD, dem Bundestagsabgeordneten Wehner nach Lake Success mitgegeben, damit es der UNO zur Behandlung der deutschen Kriegsgefangenenfrage unterbreitet werde. Es war der Extrakt einer vierjährigen gründlichen Arbeit, die sich in unzähligen Ordnern niederschlug, in den einzelnen Phasen des Kampfes um die deutschen Kriegsgefangenen immer wieder mit dokumentarischer Beweiskraft herangezogen wurde und nun ihre Hieb- und Stichfestigkeit vor einem internationalen Forum unter Beweis stellt. Ausserhalb von Russland dürfte es kaum eine Stelle geben, die über die Lage und Anläufe der Tausende von Kriegsgefangenenlagern, über die Zustände darin und über das Schicksal der Gefangenen so genau Bescheid weiss, wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD, die in drei Zimmern des Parteivorstandes in Hannover aus amtlichen russischen Meldungen, aus Aussagen von Heimkehrern, aus der ständigen Beobachtung der Heimkehrerlager usw. ein geradezu plastisches Bild von diesem kriegsbedingten Sektor des verlorenen Krieges hat entstehen lassen. Nun liegt der Extrakt dieser Arbeit der UNO vor.

Eines der wichtigsten nun der UNO vorgelegten Dokumente ist der Bericht, der sich aus den Aussagen der mit den letzten Transporten im Heimkehrerlager Friedland eingetroffenen Kriegsgefangenen ergibt. Demnach waren bis zum 27.4.1950 in Russland noch 903 Lager bekannt. 353 Lager wurden von den Kriegsgefangenen übereinstimmend als aufgelöst

gemeldet, es verblieben somit 550 Lager, bestehend aus allgemeinen Kriegsgefangenenlagern, Frauenlagern, Straflagern, Regime-Lagern, Gefängnissen. In diesen Lagern befanden sich, soweit sie den Heimkehrern in Erinnerung geblieben waren, 251.584 Kriegsgefangene - wenige Tage, bevor Moskau antlich bekanntgab, dass bis auf rund 13.000 Verurteilte keine Kriegsgefangenen mehr in russischem Gewahrsam seien. Noch grösser ist die Zahl der Zurückgehaltenen aus Lagern, deren Existenz bekannt ist, aus denen aber keine Entlassungen erfolgten. Offensichtlich aus Tarnungsgründen wurden die allgemeinen Lager aufgelöst oder in Straf- und Regime-Lager umgewandelt.

In einer langen Liste sind die nach diesen Ereignissen bekannten Lager angeführt: sie erstrecken sich von der Ukraine bis ans Eismeer. Da kehrt in den Heimkehreraussagen regelmäßig das mehrere hunderttausend ~~km~~ grosse Strafgebiet Workuta am Eismeer wieder. Zusammengefasst ergeben die Aussagen, dass sich im Frühjahr 1950 in diesem Gebiet noch 13- bis 15.000 Gefangene befanden, darunter Tausende von Zivilisten aus allen deutschen Besatzungszonen, Frauen sowie Kinder bis zu 12 Jahren, schliesslich 80 Generale. Da ist das Lager Tomulino Objekt 5, in dem sich die Generale Paulus und Buschhagen befinden, das Lager Rasain in Litauen, (mit 13.000 Kriegsgefangenen noch im März 1950), das Lager Koluma als Straflager für katholische Geistliche, das Lager Weslani, in dem sich rund 1.000 verurteilte Männer und Frauen aus der Ostzone befinden, weitere 1.500 solcher Deportierter in einem Lager in Irkutsk, usw. usw. 34 Gefangenenlager werden aus Polen verzeichnet, das offiziell seit langem keine deutsche Kriegsgefangene mehr haben will, und sechs Lager (hauptsächlich im Kohlen- und Urangebiet) in der Tschechoslowakei, deren Auflösung nicht geklärt ist.

Die UNO will aber auch von Russland Aufschluss über die in Gefangenschaft Gestorbenen haben. Dieses Kapitel wird durch beglaubigte Schilderungen von Heimkehrern über die Massenmorde an Verwundeten belegt, die den Marsch ins Gefangenenlager nicht mehr aushielten, über die Hungerepidemien in den Lagern, über die Tragödien der verschleppten Frauen.

Es wäre falsch, zu hoffen, dass auch die UNO imstande sei, der russischen Seite und den russischen Archiven das letzte Geheimnis um das dunkle Kapitel des Kriegsgefangenenwesens zu entreissen, aber das von der SPD vorgelegte Material genügt, um im Namen der Menschlichkeit eine der furchtbarsten Anklagen gegen ein Regime zu erheben, das täglich versichert, für den Frieden und die Humanität zu kämpfen.

Die nächste Ausgabe des SPD-Pressedienstes wird am Dienstag, den
26. Dezember 1950, versandt

Verantwortlich: Peter Raunau.